

Haushaltsrede 2014 der FDP-Fraktionsvorsitzenden Carola Möllemann-Appelhoff

Sperrfrist: Beginn der Ratssitzung am 11.12.2013

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

die diesjährige Haushaltsrede stellt aus zwei Gründen ein Novum im Vergleich zu den vorhergegangenen (Haushaltsreden) der auslaufenden Legislaturperiode dar: Zum einen werden wir erstmalig in diesen vier Jahren einen Betrag von 9,1 Mio € in die tatsächliche Absenkung der Verschuldung der Stadt stecken können. Allerdings wissen wir alle: Das ist im Wesentlichen nicht unserer groß angelegten, durchgreifenden Sparpolitik und Haushaltsdisziplin der letzten Jahre zu verdanken, sondern vor allem Einmaleffekten von der Landesebene. Dennoch ist es aber ein weiterer kleiner Schritt hin zu einem nachhaltig gesunden Haushalt. Und natürlich müssen diesen aktuellen Schritten noch weitere kräftige folgen, um die Schuldenbremse 2020 auch einhalten zu können. Dieses wird dann die wesentliche Herausforderung des neuen Rates sein.

Die zweite Veränderung: Zur Gestaltung dieses Haushalts hat sich eine Mehrheit aus SPD, Grünen und FDP zusammen gefunden, eine Mehrheit, die es bisher in Münster noch nicht gegeben hat. Dieser sachlich begründeten Zusammenarbeit gingen natürlich ausführliche, lange Diskussionen in unserer Fraktion voraus. Wesentliche Fragestellung für uns war, ob unsere bisherige Politik im Rat der Stadt Münster – nämlich eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik, die zu einem gesunden Stadthaushalt führt und zugleich an den richtigen Stellschrauben bei der politischen Schwerpunktsetzung dreht – in einer solchen Haushaltsgemeinschaft mehrheitsfähig sein würde.

Ganz offen gesprochen hatten wir hier natürlich Zweifel, denn die vergangenen Jahre schienen dafür kein so gutes Omen zu sein: Aus unserer Sicht hat keine der vorangegangenen Koalitionen eine durchgreifende Sparpolitik durchsetzen wollen und können. Da diese für uns immer Priorität hatte und auch zukünftig haben wird, mussten wir uns natürlich die Frage stellen, ob auch die beiden anderen Fraktionen die politische Kraft haben würden, zu sparen, obwohl doch der Haushaltsentwurf ein komfortables „Plus“ auswies und die Kommunalwahlen in 2014 vor der Tür stehen. Dass wir als der kleinere Partner selbstverständlich nicht die alleinige Haushaltsrichtung vorgeben konnten, war uns klar.

Wichtig war uns vor allem Eines: Dass wir die Grundpfeiler dieses Haushalts voll und ganz vertreten und liberale Politik in den für uns wesentlichen Punkten einbringen können. Eine Haushaltsmehrheit um jeden Preis hätte es mit uns nicht gegeben!

Wenn wir heute das Ergebnis anschauen, ist die FDP-Fraktion damit zufrieden, weil nicht nur der Weg bis hierher durch ein hohes Verantwortungsbewusstsein und eine konstruktive Zusammenarbeit geprägt war, sondern auch das, was wir als Ergebnis gemeinsam mit SPD und Grünen letztendlich erreicht und beschlossen haben, gut für die Menschen in dieser Stadt ist.

Wir haben an vielen einzelnen Stellen eine ganze Reihe kleiner und größerer Maßnahmen für einen gesunden und ausgeglichenen Haushalt auf den Weg gebracht. Dadurch konnten wir für die nächsten Jahre ein gutes Fundament legen, auf dem wir dann - immer wieder genau abwägend - weiter aufbauen können.

Sehen wir uns nun die wesentlichen Eckpfeiler an, für die sich die FDP besonders stark gemacht hat:

Priorität für familienfreundliche Politik

Münster ist eine wachsende Stadt, Darüber können wir uns freuen, aber wir müssen auch die notwendigen Hausaufgaben erledigen, um für mehr Bürgerinnen und Bürger die notwendige Infrastruktur bereit zu stellen.

Eine der größten Herausforderungen der vergangenen Jahre, ausreichend KiTa-Plätze im U-3 Bereich zur Verfügung zu stellen, um den Rechtsanspruch erfüllen zu können, haben wir bestanden. Die notwendigen Haushaltsmittel sind gut eingesetzt worden. Aber: Auf diesem Erfolg können wir uns nicht ausruhen, vielmehr müssen wir unser differenziertes Angebot im U-3 Bereich weiter ausbauen. Auch die Wirtschaftsförderung unterstützt mit ihrer Informationsoffensive den verstärkten Bau und Ausbau von Betriebs-KiTas und muss dies dringend weiterhin tun.

Wir haben zusätzlich 100.000 € in den Haushalt eingestellt, um die Großtagespflege weiter ausbauen zu können, alle Betroffenen wissen aber, dass es dafür an ausreichend großen und bezahlbaren Wohnungen fehlt. Deshalb wollen wir die Wohn- und Stadtbau verpflichten, in ihr Neubauprogramm Wohnungen für eine solche Nutzung aufzunehmen. Wir haben dafür auch schon grünes Licht von der Wohn- und Stadtbau erhalten.

Erstmalig seit Jahren haben wir das von uns verfolgte Ziel durchsetzen können, dass neue städtische KiTas in 2014 von privaten Investoren errichtet werden. Dies übrigens gegen die Stimmen der CDU, was uns doch einigermaßen überrascht hat. Nicht zuletzt die seit Jahren im Raum stehende Idee, in jedem Stadtteil eine KiTa mit flexiblen Öffnungszeiten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf anbieten zu wollen, werden wir mit den zusätzlichen Mitteln von 100.000 € nun in Angriff nehmen können.

Qualitätsoffensive für unsere Schulen

Eine wachsende, junge Stadt – daraus folgern auch zusätzliche Ausgaben für uns als Schulträger.. Wir werden in den nächsten Jahren hohe Millionensummen in den Bau neuer Schulgebäude und in die Ausstattung der Berufskollegs investieren. Die FDP möchte parallel aber auch eine „Qualitätsoffensive für unseren Altbestand“ an Schulen. Dazu gehört z. B. der Ausbau von Fachräumen, die einen zeitgemäßen naturwissenschaftlichen Unterricht erst ermöglichen. Ebenso wichtig erscheint im Zuge des Ausbaus der Ganztagsangebote auch die Einrichtung von Selbstlernzentren in jeder Schule. Deshalb haben wir jetzt die ersten Mittel für drei Jahre in den Haushalt eingestellt.

Eine solche Qualitätsoffensive muss im nächsten Haushalt vom neuen Rat in der mittelfristigen Finanzplanung auch mit einem höheren, festen Mittelansatz versehen werden. Daraus folgert glasklar: Wir müssen Aufgaben, die keine originär städtischen sind, aus unserem kommunalen Leistungskatalog streichen, um die anderen finanzieren zu können. Ein Beispiel dafür ist die PTA-Schule: Neben einer moderaten Gebührenerhöhung für die Schüler soll die Stadtverwaltung Modelle entwickeln, wie man die Apothekerkammer stärker an den Kosten dieser Berufsausbildung beteiligen kann. Der Sperrvermerk für die PTA-Zuschüsse ab 2017 ist also sehr ernst zu nehmen

Mehr Transparenz beim Sportanlagenbau

Auch im Bereich des Sports haben wir neue Akzente gesetzt. Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingt, an einem zentralen Standort in der Innenstadt eine große

Sporthalle für die innerstädtischen Schulen zu errichten. Sie könnte in den Abendstunden und an den Wochenenden auch von Vereinen und Sportgruppen genutzt werden. Die jahrelang praktizierte, isolierte Errichtung von Hallen an einzelnen Schulen wird ungleich teurer werden! Deshalb haben wir den Antrag der SPD gerne unterstützt, zumal eine zeitliche Verzögerung gegenüber dem eingebrachten Haushalt damit nicht verbunden ist.

Die Kunstrasenplätze in Amelsbüren und Wolbeck werden nun aus dem um 500.000 € erhöhten Sportfördertopf finanziert, durch den unter Beteiligung des Stadtsportbundes die Prioritäten im Investitionsbereich für die nächsten Jahre gesetzt werden. Einzelne Maßnahmen herauszugreifen und im Haushalt isoliert zu finanzieren, führt uns wieder in die Zeiten vor Einführung des bisherigen 2-Mio-Sportfördertopfes zurück! Gut für den Sport: Wir wollen in noch stärkerem Umfang als bisher die Vereine in die mittelfristige Investitionsplanung verantwortlich einbeziehen.

Denn nur transparente Vergabekriterien und -entscheidungen führen in Zeiten knapper Kassen zu Verständnis bei den Betroffenen. Wenn die Plätze in Amelsbüren und Wolbeck in der mittelfristigen Investitionsplanung des Sportfördertopfes berücksichtigt werden, können die Vereine diese Maßnahmen selbstverständlich vorfinanzieren und die Plätze so frühzeitiger in Betrieb nehmen. Dass das möglich ist, beweist derzeit ja die Amelsbürener Vereinsführung, die nach eigener Aussage gut mit diesem Vorgehen leben kann.

Neuordnung der Zuschüsse für die freie Kulturszene

Eine stärkere Einbeziehung der Betroffenen ist auch unser Anspruch bei der Zuschussvergabe für die Mittel an die freie Kulturszene. Hier haben wir unser Ziel noch nicht vollständig erreicht, aber der Einstieg ist zumindest dadurch geschafft, dass die Vergabekriterien der Projektmittel an die „Freie Szene“ unter deren Beteiligung spartenspezifisch überarbeitet werden. Dabei sollen die Fördertöpfe gegenseitig deckungsfähig werden. Denn auch hier gilt: Auch in Zukunft werden die Zuschussmittel der Stadt begrenzt bleiben.

Starke Wirtschaft als Rückgrat

Voraussetzung für die Finanzierung all dieser Aufgaben ist und bleibt aber eine starke Wirtschaft, die in einer wachsenden Stadt den Menschen Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stellt. Der Hansa Business Park entwickelt sich immer mehr zu einer Erfolgsstory. Wir haben rechtzeitig die Weichen gestellt nicht nur für Erweiterungsflächen für unsere münsterschen Betriebe, sondern auch für Neuansiedlungen in unserer Stadt. Das Städteranking macht deutlich: Wir sind gut aufgestellt! Besonderes Augenmerk muss darauf liegen, den Kooperationsvertrag zwischen Wirtschaftsförderung und Jobcenter mit Leben zu füllen, um der immer noch viel zu hohen Zahl von längerfristig arbeitslosen Menschen einen Arbeitsplatz zu vermitteln.

Im Zusammenhang mit dem Jobcenter auch ein kurzer Exkurs zum von uns bekanntermaßen nicht unterstützten Münsterpass: Hier ist es uns immerhin gelungen zu verankern, dass der Münsterpass lediglich in seiner bisherigen Ausstattung für den derzeitigen Personenkreis bestehen bleiben wird. Dagegen setzte die CDU während der Haushaltsberatungen die vollmundige Ankündigung, den Münsterpass noch ausbauen zu wollen, und ich zitiere: „Münsterpass-Bezieher sollten den Ball des Sports kostenlos besuchen dürfen“. Ein Antrag auf Mehrausgaben ist dazu im Sozialausschuss aber in der Folge nicht gestellt worden. Diesen hätten SPD, Grüne und FDP auch abgelehnt.

Auch der interkommunale AirportPark FMO hat eine wichtige Neuansiedlung zu vermelden: Ein bayerischer Verpackungshersteller hat 110.000 Quadratmeter Fläche gekauft und investiert im ersten Bauabschnitt über 40 Mio. Euro. So entstehen zunächst 100 neue Arbeitsplätze.

Der Flughafen Münster Osnabrück hat uns erstmalig in seiner Geschichte wirkliche Finanzprobleme bereitet. Probleme, die z.B. in Dortmund im vergangenen Jahrzehnt jedes Jahr in viel größerem Rahmen in Form zweistelliger Millionenzuschüssen anfielen und immer noch anfallen. Unseren Anteil von rund 7,6 Mio. Euro an der notwendigen Eigenkapitalaufstockung werden wir zusammen mit den anderen Anteilseignern vornehmen, denn wir lassen den Flughafen nicht im Regen stehen.

Es ist ja offensichtlich, dass sich die Rahmenbedingungen für den Airport ohne sein Verschulden erheblich verschlechtert haben. Dieser Flughafen ist aber nicht nur für die Verkehrsinfrastruktur in der Wirtschaftsregion des Münsterlandes unverzichtbar - 3450 Arbeitsplätze am und rund um den FMO, dazu ein Steueraufkommen von fast 40 Mio. Euro in 2012 laut dem Wormser Gutachten sowie eine Steigerung der Wirtschaftsleistung des Münsterlandes um mehr als 170 Mio. Euro sprechen eine deutliche Sprache. Wir freuen uns daher über den Silberstreif, dass in den letzten Wochen und Tagen wieder wichtige Verbindungen neu in den Flugplan aufgenommen worden konnten.

Vorsicht bei großen Einzelvorhaben

Die größte Einzelinvestition des Haushalts 2014, die Sanierung des Stadthauses I mit weit über 30 Mio €, wird auf unseren Antrag hin im Düsseldorfer Finanzministerium von einer Task Force, die mit Beratungsunternehmen aus der freien Wirtschaft zusammen arbeitet, genauestens untersucht und durchgerechnet. Hiobsnachrichten, so wie wir sie aus vielen bekannten Sanierungs- und Bauprojekten kennen, wollen wir dadurch vermeiden. Wir freuen uns im Übrigen auch darüber, dass nach unserem vor Jahren gestellten und damals abgelehnten Antrag nun auch untersucht wird, ob der gesamte Komplex weiterhin eine städtische Immobilie bleiben muss.

An dieser Stelle möchte ich auch noch einen weiteren FDP-Impuls nennen: Die Überarbeitung der Gebäudeleitlinien mit ihren so genannten Münster-Standards soll allein im neuen Haushaltjahr rund 400.000 Euro einsparen. Aber auch die konsequente Umsetzung der 20% - Reduktionsvariante bei Neubauten, die schon vorher von der Verwaltung selbst vorgeschlagen worden war, wird schon kurzfristig zu mindestens einer Mio. Euro Einsparungen führen

Wohnen - Herkulesaufgabe für viele Schultern

Die wohl größte Herausforderung der nächsten Jahre für uns in Münster wird es aber werden, mehr bezahlbare Wohnungen für die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen zur Verfügung zu stellen. Dass schafft die Wohn- und Stadtbau nicht alleine, vielmehr muss ein „4-Säulen-Modell“ aus Wohn- und Stadtbau, Wohnungs-Gesellschaften, Wohnungs-Genossenschaften und Stiftungen sowie privaten Investoren diese Herkules-Aufgabe in Angriff nehmen. Um das zu schultern, müssen aber auch wir Kommunalpolitiker bereit sein, sachorientiert und zügig Entscheidungen zu treffen und nicht nahezu jeden Plan langwierig und bedenkenreich zu zerreden. Stellen wir doch in diesem wichtigen Handlungsfeld endlich einmal die nur allzu häufig Detail verliebten Parteiinteressen hinten an, und beweisen Handlungsfähigkeit, dazu werden wir schließlich von den Bürgerinnen gewählt.

Stellenplan - So schlank wie möglich

Auch im Stellenplan der Stadtverwaltung haben wir durch konkrete Aufgabenkritik einige Stellen streichen können. Es wird niemanden hier verwundern zu hören, wenn die FDP durch eine pauschale Kürzungsvorgabe gerne einen größeren Konsolidierungseffekt erzielt hätte. Die Erfahrungen mit der Umsetzung der zurückliegenden Sparpakete zeigen aber, dass das offensichtlich nicht durchsetzbar ist.

Meine Haushaltsrede 2013 habe ich beendet mit dem Hinweis auf einen FDP-Antrag, der eine Disziplinierung für Politik und Verwaltung zum Ziel hatte: Konkrete Mehrausgaben im laufenden Jahr sollten durch ebenso konkrete Einsparungsvorschläge aus dem laufenden Haushalt gegenfinanziert werden müssen. Dieser Antrag ist mit ganz breiter Mehrheit gegen die Stimmen der Linken in der vergangenen Ratssitzung am 13.11.2013 beschlossen worden.

Das gelbe Licht an der Ampel hat nicht umsonst eine Warnfunktion: Es blinkt beharrlich und weist auf Gefahren hin, die zu unliebsamen Zusammenstößen, zum Crash oder gar zum Totalschaden führen könnten. Gelb sperrt weder rigoros die Weiterfahrt noch gibt es den kompromisslosen Durchstart frei. Die FDP-Fraktion hat diesen Ampelplatz verantwortungsvoll ausgefüllt!